

Meinungsmacher

Aus: *Preußische Allgemeine Zeitung*
v. 23. März 2013, S. 4 Hintergrund

Spitzenjournalisten auf Linie

Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf

Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel „Meinungsmacht“ in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten. Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt – außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben – informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der „Atlantik-Brücke“, der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen. Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, dass dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern dass dies auch einen nachweisbaren Einfluss auf die Berichterstattung hat.

Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien – „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“ und „Die Zeit“ – waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das: Bei scheinbar politisch so grundverschieden ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten wie Michael Stürmer („Welt“), Klaus-Dieter

Frankenberger („FAZ“), Stefan Kornelius („SZ“) und Josef Joffe („Die Zeit“) nachweisen. Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten „erweiterten Sicherheitsbegriff“, für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) stehen kann: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die – stark an die USA angelehnte – Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, dass sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen lässt – im Klartext, „einspannen“ lässt.

Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. „Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten.“ Problematisch sei aber, dass diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die „Unterstützung des transatlantischen Bündnisses“ verpflichtet. Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft“, einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung. *Norman Hanert*

Exklusiver Lobbyistenverein

Die »Atlantik-Brücke« zwischen Vermischung und Verfilzung
Die „Atlantik-Brücke“ ist nicht nur eine der einflussreichsten Lobbyorganisation in Deutschland, sie ist zugleich ein sehr exklusiver Verein. Für eine Mitgliedschaft in der „Atlantik-Brücke“ bewirbt man sich nicht, aufgenommen wird nur, wer eingeladen wird. Die Mitgliederliste des Vereins, der sich nach eigener Darstellung für die

transatlantische Freundschaft einsetzt, liest sich dementsprechend wie ein „Who is Who“ der bundesdeutschen Machtelite aus Politik, Wirtschaft und Medien. Zu den über 500 Mitgliedern zählen Vertreter fast aller Dax-Konzerne, namhafte Banker und Politiker. Mit von der Partie sind etwa Ex-Kanzler Helmut Schmidt (SPD), der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU), genauso wie der CDU-Politiker Friedrich Merz.

Abgerundet wird die hochkarätige Mischung aus Politik und Wirtschaft durch Medienvertreter vom Axel Springer Verlag und „Der Zeit“. Gegründet wurde der Lobbyverband auf Anregung des US-Hochkommissars im besiegten Nachkriegsdeutschland, John McCloy, 1952 als „Transatlantikbrücke“. Maßgeblich federführend bei der Gründung waren der Bankier Eric M. Warburg und Marion Gräfin Dönhoff, die langjährige Herausgeberin und Chefredakteurin der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“.

Dass schon bei der Gründung des Vereins die bis heute charakteristische Vermischung – wenn nicht gar Verfilzung – von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Medien Kennzeichen des Vereins waren, ist kaum ein Zufall. McCloy galt auch in den USA aufgrund seiner engen Verflechtungen mit Politik und Wirtschaft als „Vorsitzender des amerikanischen Establishments“ und als „einflussreichste Privatperson Amerikas“. Kaum verwunderlich, dass er neben der „Transatlantikbrücke“ gleich noch einen weiteren Lobbyverein auf den Weg gebracht hat, der einen US-Einfluss auf die deutsche Politik sichern sollte. Ebenfalls 1952 wurde so das „American Council on Germany“ gegründet, das seinerseits über das einflussreiche „Council on Foreign Relations“ an die politischen Eliten der USA angebunden ist. Über die Jahrzehnte dürfte sich die „Atlantik-Brücke“ ganz im Sinne des US-Hochkommissars bewährt haben. Von der Öffentlichkeit relativ abgeschirmt, wird über deutsche Führungskräfte Lobbyarbeit für die Anbindung Deutschlands an die USA betrieben.

Sind die Aktivitäten und der Einfluss der „Atlantik-Brücke“ in der Öffentlichkeit ohnehin schon kaum bekannt, so gilt dies für die Nachwuchsförderung des Vereins ganz besonders. Parteiübergreifend wird mit einem „Young Leaders Program“ Ausschau nach politischen Nachwuchstalenten gehalten, die in Führungspositionen hineinwachsen und im Sinne des Vereins tätig werden können. Die Liste der Absolventen hält einige Überraschungen bereit. Sie reicht von Cem Özdemir (Grü-

ne), über die ehemalige Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD), bis hin zu Ex-Bundespräsident Christian Wulff (CDU) und dem ehemaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). *N.H.*

Das Vermächtnis des Axel Cäsar Springer

Relativ einmalig in der deutschen Medienlandschaft dürften die Vorgaben sein, die der 1985 verstorbene Verleger Axel Springer mit seinen Unternehmensgrundsätzen seinen Mitarbeitern hinterlassen hat. In den Unternehmensgrundsätzen, die Teil der Arbeitsverträge sind, werden die Redakteure des Verlags nicht nur auf die „Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft“ und die „Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus“ verpflichtet, sie erhalten auch konkrete Vorgaben, wo es beim Springer-Verlag außenpolitisch langgeht: Die Redakteure sollen sich unter anderem für die „Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes“ einsetzen. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 ist ein weiterer Unternehmensgrundsatz dazugekommen: „Die Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.“

Die Vorgaben im Konzern haben auf dem deutschen Medienmarkt erhebliche Wirkung. Axel Springer ist zwar hinter Bertelsmann nur der zweitgrößte Medienkonzern Deutschlands, aber mit großem Abstand der Spitzenreiter auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Mit erheblichem Vorsprung ist der Springer-Verlag etwa Marktführer bei den Tages- und Sonntagszeitungen – nicht zuletzt dank des Flaggschiffs „Bild“-Zeitung mit einer Auflage von immer noch rund 2,7 Millionen Exemplaren. Für die politische Meinungsmacht besonders wichtig sind Boulevardblätter wie „Bild“ oder „BZ“. Wegen ihrer Massenwirkung sind sie besonders geeignet, um politische Kampagnen zu führen – bei Bedarf aber auch, um über bestimmte Politiker den Daumen zu heben oder zu senken. *N.H.*

Zeitzeugen

Theo Sommer – Der 1930 geborene Sommer war nicht nur über Jahre Chefredakteur und, neben Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt, Herausgeber der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, sondern er hatte auch mehrmals Funktionen im verteidigungspolitischen Bereich inne. Von 1999 und 2000 war Sommer stellvertretender Vorsitzender der sogenannten „Weizsäcker-Kommission“ zur Zukunft

der Bundeswehr. Von 1999 bis 2001 war er ebenfalls Mitglied in den Wehrstrukturkommissionen der Bundesregierung. Bereits in den Jahren 1969 bis 1970 war der promovierte Historiker unter dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt Leiter des Planungsstabes im Bonner Verteidigungsministerium.

John Kornblum – Der ehemalige US-Botschafter in Deutschland (1997–2001) sagte im Interview des Jahresberichts 2010/2011 der „Atlantik-Brücke“: „Im 20. Jahrhundert war Europa für die USA ein Dilemma. Der Kernpunkt unserer Europapolitik seit 1910 war, Deutschland in seine europäische Umgebung einzubetten. Dieses Problem war für die Vereinigten Staaten 1990 erledigt. Und da wir nun keine Angst mehr haben, was Deutschland macht, haben wir auch keine Angst, was in Europa passiert.“

Arend Oetker – Der Chef des gleichnamigen Lebensmittelkonzerns und damalige Vorstandsvorsitzende der „Atlantik-Brücke“ (*1939) äußerte sich gegenüber der „Berliner Zeitung“ vom 17. April 2002 wie folgt: „Die USA werden von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.“

Josef Joffe – Der heutige Mitherausgeber der „Zeit“, Josef Joffe, war von 1985 bis zum Jahr 2000 Leiter des Ressorts Außenpolitik und Leitartikler bei der „Süddeutschen Zeitung“ und schreibt regelmäßig für das „Handelsblatt“. Joffe ist nicht nur in zahlreichen Kuratorien und Gremien wie dem „Aspen Institute“, der „American Academy“ oder der „Atlantik-Brücke“ engagiert, sondern er war auch mehrmals Teilnehmer von Treffen der „Bilderberger“ und ist regelmäßiger Gast der „Münchener Sicherheitskonferenz“.